Die meisten Almbauern haben die umstrittenen Flächenangaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Ihnen soll geholfen werden. Foto: Böhm

Kammer will Rechtsschutz für Bauern

Bewegung im Streit um die EU-Förderungen für Almflächen: Berlakovich will Sanktionen aufheben und die Verordnung ändern.

Von Mario Zenhäusern

Innsbruck – Während in Wien unter der Leitung des früheren EU-Landwirtschaftskommissars Franz Fischler die Soko Alm weiter versucht, eine Lösung im seit Jahren schwelenden Streit um die aus EU-Mitteln geförderte Almbewirtschaftung zu finden, platzt den Betroffenen zunehmend der Kragen. In Tirol sind in den drei Vorjahren bereits 800 der 2300 Almen kontrolliert worden, die restlichen 1500 wurden jetzt von der Agrarmarkt Austria (AMA) im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums anhand von Luftbildern neu bewertet. „Die Ergebnisse sind verheerend", stöhnt Tirols Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Hechenberger, „die Prüfung ohne Kenntnis der Situation vor Ort ist absolut indiskutabel."

Die Prüfungen hätten laut Hechenberger „nur Unfrieden und Verunsicherung verursacht. Die Bauern verstehen nicht, dass ein Prüfer, der irgendwo an einem Schreibtisch sitzt, besser Bescheid weiß als der Bauer, der die Alm bewirtschaftet." Die Folgen seien für die Einzelnen zum Teil dramatisch: Reduktionen der geförderten Almfläche im Ausmaß von 20 Prozent und mehr seien von vielen Bauern „aus Angst, Verzweiflung und um endlich Ruhe zu haben" akzeptiert worden. Sie bekommen jetzt weniger Förderungen und müssen die zu viel bezogenen Förderungen der vergangenen vier Jahre zurückerstatten.

Wer hingegen die neuen Prüfbescheide beeinsprucht, trägt das volle Sanktionsrisiko. Im ungünstigsten Fall verlieren Betroffene nicht nur die Förderung für das laufende Jahr, sondern müssen auch die Förderungen der vergangenen vier Jahre rückerstatten. Das sei für die meisten eine existenzielle Frage, ist sich Hechenberger sicher.

Der Kammer-Präsident fordert deshalb, dass die Politik, „die ja für das System der Flächenberechnungen verantwortlich ist, die angedrohten bzw. bereits ausgesprochenen Sanktionen überall dort sofort aufhebt, wo die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden".

Darüberhinaus hat Hechenberger die Rechtsabteilung der Landwirtschaftskammer Tirol und zwei Rechtsanwälte mit der Prüfung der Thematik beauftragt. „Wir werden unsere Bauern in erster Linie mit vorbereiteten Einsprüchen unterstützen, die wir bis zur letzten Instanz durchfechten." Jetzt gehe es darum, das Problem endlich zu lösen und nicht wie eine heiße Kartoffel hin und her zu schieben.

Bei einem Treffen mit den Kammerpräsidenten signalisierte Minister Niki Berlakovich Reformbereitschaft: Er sagte die Aufhebung der Sanktionen und die Änderung der Verordnung über die Flächenberechnung zu.